

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Einleitung	1
 Teil 1: Die Legalitätsbindung der Kapitalgesellschaft und ihrer Organe	
13	
<i>1. Kapitel: Ausgangsbefund in der Bundesrepublik und den USA</i>	15
§ 1 Die Legalitätspflicht: Grundsätzliche Anerkennung; Begründungsansätze	15
§ 2 Mit der Legalitätspflicht vergleichbare Rechtsinstitute in den USA . . .	35
<i>2. Kapitel: Vertragstheoretische Ansätze zur Herleitung der Legalitätspflicht</i>	61
§ 3 Die Interessenlage der Aktionäre in Bezug auf die Legalitätspflicht	61
§ 4 Die Legalitätspflicht im Spiegel der Stakeholderbelange	82
<i>3. Kapitel: Rechtsdurchsetzung durch die Legalitätspflicht aus rechtsökonomischer Sicht</i>	101
§ 5 Die Theorie optimaler Sanktionen	101
§ 6 Die Legalitätspflicht als ergänzender Durchsetzungsmechanismus . . .	120
§ 7 Gefahren und Grenzen der Rechtsdurchsetzung durch die Legalitätspflicht	178
§ 8 Abschließende Würdigung der Legalitätspflicht aus rechtsökonomischer Sicht	212
<i>4. Kapitel: Die Dogmatik der Legalitätspflicht</i>	243
§ 9 Vorüberlegungen	243
§ 10 Die Legalitätspflicht als Rechtsdurchsetzungsinstrument	294
§ 11 Sachliche Reichweite der Legalitätspflicht	488
§ 12 Die Legalitätspflicht bei anderen Rechtsformen und Realtypen von Gesellschaften	628
§ 13 Legalitätspflicht, Rechtsirrtum und „Legal Judgment Rule“	650

Teil 2: Die Legalitätsdurchsetzungspflicht im Innenverhältnis . . .	723
1. Kapitel: Grundlagen	725
§ 14 US-amerikanisches Recht, insb. Caremark und Stone v. Ritter	725
§ 15 Unionsrechtliche Vorgaben zur Compliance-Organisation	761
§ 16 Die Legalitätsdurchsetzungspflicht aus funktionaler Perspektive . . .	770
2. Kapitel: Die Dogmatik der Legalitätsdurchsetzungspflicht	845
§ 17 Die Diskussion zur Rechtsgrundlage der Legalitätsdurchsetzungspflicht	845
§ 18 Der Prüfungsmaßstab im Rahmen der Legalitätsdurchsetzungspflicht	882
Teil 3: Anspruchsinhalt im Fall der Pflichtverletzung	951
§ 19 Haftung und Erstattung im Zusammenhang mit staatlichen Bußgeldern	951
§ 20 Vorteilsausgleich und Zurechnungsfragen	1031
Abschließende Würdigung	1067
Literaturverzeichnis	1087
Sachwortverzeichnis	1143

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1
A. Gegenstand, Grundansatz und Methode der Untersuchung	1
I. Kern des Untersuchungsgegenstands	1
II. Einbeziehung weiterer Rechtsformen neben der Aktiengesellschaft	2
III. Grundansatz und Leitgedanken der Untersuchung	2
IV. Weitere Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	6
V. Untersuchungsmethode	8
B. Gang der Untersuchung	8
C. Terminologische Vorüberlegung	10
I. Compliance	10
II. Compliance-System	11
 Teil 1: Die Legalitätsbindung der Kapitalgesellschaft und ihrer Organe	 13
<i>1. Kapitel: Ausgangsbefund in der Bundesrepublik und den USA</i>	<i>15</i>
§ 1 Die Legalitätspflicht: Grundsätzliche Anerkennung; Begründungsansätze	15
A. Terminologische Klärung und Abgrenzung von anderen Pflichtenbindungen	15
B. Im Grundsatz allgemeine Anerkennung der Legalitätspflicht	18
C. Begründungsansätze in Rechtsprechung und Literatur	21
I. Selbstverständlichkeit der Legalitätspflicht?	21
II. Einzelne aktienrechtliche Vorschriften als Anhaltspunkte	22
III. Ableitung aus einem Anspruch auf gesetzmäßige Verwaltung der Gesellschaft?	29
IV. Herleitung aus der Organstellung der Vorstandsmitglieder	31
V. Verbands- und Unternehmensinteresse, Aktionärs- und Stakeholderbelange	33

§ 2 Mit der Legalitätspflicht vergleichbare Rechtsinstitute in den USA . . .	35
A. Die Legalitätspflicht in der US-amerikanischen Rechtsprechung . . .	35
I. Entscheidungen zum Recht des Staates New York	35
II. Delaware	39
III. Die <i>derivative suit</i> als maßgeblicher Durchsetzungs- mechanismus	43
IV. Fallstudie: Off-label Nutzung eines Medikaments	46
B. Die ALI Principles of Corporate Governance	48
C. Erklärungsansätze der US-amerikanischen Literatur	50
I. Grundsätzlicher Meinungsstand	50
1. Überwiegende Anerkennung der Legalitätspflicht	50
2. Gegenansichten, v. a. Differenzierung zwischen <i>malum in se</i> und <i>malum prohibitum</i>	51
3. „Law as a price“-Theorie	52
II. Die Legalitätspflicht als Überbleibsel der <i>ultra vires</i> - Doktrin?	53
D. Bewertung: Vergleichsweise geringe Bedeutung der Legalitätspflicht	56
2. Kapitel: Vertragstheoretische Ansätze zur Herleitung der Legalitätspflicht	61
§ 3 Die Interessenlage der Aktionäre in Bezug auf die Legalitätspflicht . . .	61
A. Ausgangspunkt der vertragstheoretischen Herleitungsversuche . . .	61
B. Interessenlage der Aktionäre	63
I. Schadensabwendungsinteresse der Aktionäre	63
II. Kollektivinteresse am Wettbewerb auf legaler Basis	66
III. Kurs- und Risikoeffekte des Rechtsbruchs	67
IV. Portfoliointeresse diversifiziert anlegender Investoren	71
V. Erschwerung der Unternehmenskontrolle	73
VI. Das nicht-finanzielle Interesse an legalem Verhalten	74
C. Zusammenfassende Bewertung	79
§ 4 Die Legalitätspflicht im Spiegel der Stakeholderbelange	82
A. Vorüberlegung	82
B. Vertragstheoretischer Ansatz unter Rückgriff auf Stakeholderbelange	83
I. Allgemeine Gesichtspunkte	83
II. Legalitätspflicht und Gläubigerschutz	88
1. Der Gedanke einer gläubigerschützenden Legalitätspflicht . . .	88
2. Finanzierungstheoretischer Hintergrund	89
3. Anwendung auf die Situation bei der Legalitätspflicht	91
C. Zusammenfassende Bewertung	96

3. Kapitel: Rechtsdurchsetzung durch die Legalitätspflicht aus rechtsökonomischer Sicht	101
§ 5 Die Theorie optimaler Sanktionen	101
A. Rechtsmethodische Vorüberlegungen	101
I. Stellenwert und Berechtigung rechtsökonomischer Argumente	101
1. Allgemeines	101
2. Bedeutung für die vorliegende Arbeit	104
II. Grundansatz einer ökonomischen Analyse der Legalitätspflicht	105
B. Optimale Sanktionen im nicht unternehmensbezogenen Kontext	107
C. Optimale Unternehmenssanktionen, Neutralitätsprinzip	110
I. Grundansatz	110
II. Risikoteilung zwischen Unternehmensträger und natürlicher Person	114
D. Folgerungen für Legalitäts- und Compliancepflichten im Innenverhältnis	117
I. Allgemeines	117
II. Optimale Sanktion und effizienter Rechtsbruch	118
§ 6 Die Legalitätspflicht als ergänzender Durchsetzungsmechanismus	120
A. Grenzen der Theorie optimaler Sanktionen und des Neutralitätsprinzips	120
I. Vorbemerkung	120
II. Die Vermögensrestriktion als Grenze der Durchsetzbarkeit von Sanktionen	122
1. Sanktionen gegen verantwortliche natürliche Personen	123
2. Unternehmenssanktionen	125
III. Sonst hinter dem theoretischen Optimum zurückbleibende Sanktionen	129
1. Grundlegung	129
2. Bedeutung gleichzeitig eintretender Reputationsschäden	135
3. Faktische Möglichkeit nützlicher Rechtsverstöße	138
a) Allgemeine Überlegungen, Beispiele	138
b) Das soziologische Konzept der brauchbaren Illegalität	142
(1) Der Ansatz	142
(2) Anschauungsmaterial aus der soziologischen Literatur	144
(3) Bewertung	145
IV. Defizite der Corporate Governance der Gesellschaft	146
1. Theoretischer Ausgangspunkt	146
2. Konsequenzen	148

3. Sondersituationen, in denen Rechtsverstöße der Organwalter naheliegen	151
4. Empirischer Befund	154
V. Rationalitätsdefizite des Normadressaten	157
1. Typische Verhaltensanomalien	157
2. Relevanz für die hier angestellten Überlegungen	159
VI. Bessere Greifbarkeit des Unternehmensträgers für Zwecke der Sanktionierung	160
VII. Verhältnismäßigkeit, Grundrechte, Strafzumessungsgrundsätze	162
VIII. Zusammenfassende Bewertung	164
1. Nachteile reiner Individualsanktionen	164
2. Defizite der Rechtsdurchsetzung durch Verbandssanktionen	166
3. Folgerungen	166
B. Präventionseffekt der Legalitätspflicht	167
I. Die Legalitätspflicht als Grundlage interner Sanktionen	167
II. Verhinderung der privatautonomen Allokation von Sanktionsrisiken	169
1. Vorüberlegung	169
2. Vergleich mit einer „Sanktionsversicherung“	170
a) Unzulässigkeit von „Sanktionsversicherungen“	170
b) Situation bei der Legalitätspflicht	173
§ 7 Gefahren und Grenzen der Rechtsdurchsetzung durch die Legalitätspflicht	178
A. Interdependenzen zwischen Tatbestand und Rechtsfolge	178
B. Überabschreckungsprobleme bei überzogener Vorstandshaftung	180
I. Ausgangspunkt	180
II. Kosten der Belastung des Vorstands mit Haftungsrisiken	181
1. Risikotragungskosten	181
2. Risikovermeidungskosten	184
a) Der Prinzipal-Agent-Konflikt als Ursache	184
b) Überzogene Beratungskosten; unwirtschaftliches Verhalten	184
c) Personelle Zusammensetzung des Vorstands: mehr „Hasardeure“?	186
3. Bedeutung der Überabschreckungskosten	187
4. Paradoxe Effekte der Haftung	188
III. Relevante Fallgestaltungen	188
1. Augenblicksversagen	189
2. Materiell unrichtige Gerichtsentscheidungen	189
a) Beweislastentscheidungen zu Lasten des Organwalters	189
b) Risiko von Fehlurteilen	191

c) Spezifische Bedeutung dieser Risiken bei der Vorstandshaftung	192
3. Rechtsirrtum und Rechtsunsicherheit	193
C. Steuerungsprobleme bei höheren Schadenssummen	193
D. Durchsetzungsdefizite, Rechtsformabhängigkeit des Ansatzes	198
I. Durchsetzung von Ersatzansprüchen wegen Verletzung der Legalitätspflicht	198
1. Die allgemeine Diskussion zur Durchsetzung der Organhaftung	198
2. Besonderheiten im Hinblick auf den Untersuchungsgegen- stand	200
3. Zusammenfassende Bewertung	202
II. Rechtsformabhängigkeit der Wirksamkeit der Legalitätspflicht	204
E. Weitere Gesichtspunkte	207
I. Belastung der Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat	207
II. Kosten der Anspruchsdurchsetzung	211
III. Präventionsmindernder Effekt der Ersatzleistung an die Gesellschaft	212
IV. Verhinderung aus gesamtgesellschaftlicher Sicht nützlicher Rechtsverstöße	212
§ 8 Abschließende Würdigung der Legalitätspflicht aus rechtsökonomischer Sicht	212
A. Zusammenfassung	212
B. Folgerungen aus der Diskussion zur privaten Rechtsdurchsetzung	217
I. Einordnung	217
II. Relative Vor- und Nachteile privater Rechtsdurchsetzung	217
1. Vorüberlegung zur Präzisierung der Analyse, Problemaufriss	217
2. Nutzbarmachung relevanter Informationen	220
3. Durchsetzungsanreize und Vollzugspraxis	226
4. Effektivität und Kosten der Normdurchsetzung	229
a) Abschichtung der Problemebenen	230
b) Relative Kosten der Normdurchsetzung	231
c) Wirksamkeitsdefizite des staatlichen Normvollzugs	232
d) Abschließende Würdigung	234
5. Interne und externe Sanktions- und Präventions- möglichkeiten	234
6. Konzentration der Durchsetzung bei kompetenten Fachbehörden	238
C. Abschließende Bewertung	238

4. Kapitel: Die Dogmatik der Legalitätspflicht 243

§ 9 Vorüberlegungen 243

 A. Sanktionen und andere Rechtsnachteile als Preise? 243

 B. Sanktionsverlagerungen außerhalb des Aktienrechts 250

 I. Erstattungsansprüche im Hinblick auf staatliche Geldsanktionen 251

 1. Keine Erstattung von Geldstrafen aufgrund von § 716 BGB 251

 2. Handhabung des § 670 BGB im Arbeitsrecht 252

 3. Rechtslage im allgemeinen Zivilrecht, insbesondere bei der GoA 253

 4. Unwirksamkeit vorheriger Sanktionserstattungs-Zusagen 255

 5. Erstattung der bereits verwirkten Geldstrafe, Geldbuße oder Geldauflage 256

 6. Verbot von „Sanktionsversicherungen“ 257

 7. Zusammenfassung 261

 II. Schadensersatz wegen Belastung mit einer Geldsanktion 262

 III. Parallelwertungen in anderen Rechtsgebieten 266

 IV. Folgerung: Das Verbot präventionsschädlicher Sanktionsverlagerungen 268

 1. Ablehnung abweichender Extrempositionen 268

 a) Kein ausnahmsloses Sanktionsverlagerungsverbot 268

 b) Keine rein bürgerlich-rechtliche Betrachtung 269

 2. Beschränkung auf präventionsschädliche Sanktionsverlagerungen 271

 a) Grundsatz 271

 b) Konsistenz mit dem vorliegenden Norm- und Fallmaterial 272

 c) Vereinbarkeit mit der Straflosigkeit der Sanktionserstattung nach § 258 StGB 274

 3. Rechtsgrundlage des Sanktionsverlagerungsverbots; Weiteres 276

 V. Exkurs: Legalitätspflicht in anderen privatrechtlichen Rechtsverhältnissen? 280

 1. Situation im Arbeitsrecht 281

 2. Parallelen im allgemeinen Zivilrecht? 285

§ 10 Die Legalitätspflicht als Rechtsdurchsetzungsinstrument 294

 A. Organpflichten und öffentliches Normvollzugsinteresse im Schrifttum 294

 I. Seitenblick: Die Diskussion im US-amerikanischen Schrifttum 294

 II. Die Diskussion im deutschen Schrifttum 296

 1. Präventionsfunktion der Haftung versus öffentliches Interesse 296

2. Gegner einer Berücksichtigung des öffentlichen Interesses	297
3. Anhänger der Gegenposition	299
a) Ausgangspunkt: Berücksichtigung des öffentlichen Interesses	299
b) Stellenwert des Normvollzugsinteresses	301
B. Stellungnahme: Begrenzte Funktionalisierung der Organpflichten	305
I. Auslegung des § 93 Abs. 1 S. 1 AktG als Grundlage der Legalitätspflicht	305
1. Ausgangspunkt	305
2. Folgerungen aus dem Gesetzeswortlaut	306
3. Ausrichtung der Interpretation am Rechtsdurchsetzungsinteresse	307
a) Methodischer Ausgangspunkt, Formulierungen im Schrifttum	307
b) Berechtigter Kern der Kritik	309
(1) Geringe Überzeugungskraft allgemeiner Gesichtspunkte	309
(2) Die Legalitätspflicht als subsidiärer Rechtsdurchsetzungsmechanismus	314
c) Zusammenfassende vorläufige Würdigung	317
4. Wertungsgesichtspunkte für die Berücksichtigung des öffentlichen Interesses	318
a) Überlagerung durch öffentliche Interessen im allgemeinen Zivilrecht	318
(1) Überlagerung des Pflichteninhalts durch öffentliche Interessen	318
(2) Überlagerungen auf der Rechtsfolgenebene	320
b) Verhältnis der Legalitätspflicht zum Sanktionsverlagerungsverbot	322
II. Wertungen des § 130 OWiG und der Geschäftsherrenhaftung	326
1. Ausgangspunkt und Leitgedanke	326
2. § 130 OWiG im Überblick	328
a) Geschütztes Rechtsgut; Deliktstyp	329
b) Grundsätzliche Konstruktion und Funktionsweise der Norm	332
c) Keine Einordnung des § 130 OWiG als bloße Zurechnungsnorm	334
(1) Zugrunde gelegter Ansatz	334
(2) Ablehnung einer Deutung des § 130 OWiG als Zurechnungstatbestand	335

3. Kurzskeizze der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung . .	336
a) Definition und grundsätzliche Anerkennung der Geschäftsherrenhaftung	336
b) Dogmatische Grundlage der Garantenstellung	338
c) Keine Gefahr unerwünschter deliktsrechtlicher Folgeimplikationen	341
d) Sachliche Reichweite der Garantenpflicht	343
(1) Zumutbarkeitsvorbehalt	343
(2) Vorsatz- bzw. Fahrlässigkeitserfordernis	344
e) Die Adressaten der Geschäftsherrenhaftung	345
(1) Ausgangspunkt: Pflichtenstellung der Gesellschaft und des Vorstands	345
(2) Garantenpflicht der Aufsichtsratsmitglieder	348
(3) Garantenpflicht der jeweils anderen Vorstands- mitglieder	354
f) Zusammenfassung; Gesamtschau mit § 130 OWiG . . .	356
4. Folgerungen für die Legalitätspflicht	357
a) Argumentation im Hinblick auf nachgeordnete Mitarbeiter	357
b) Übertragung auf die Ebene der Organwalter	363
(1) Grundsätzliche Argumentation	363
(2) Auseinandersetzung mit Einwänden	365
(3) Pflichtenlage des Aufsichtsrats	372
c) Klarstellung	373
d) Vorrang der strafrechtlichen Wertung	374
e) Zwischenergebnis	379
5. Bedeutung des Gesetzgebungsverfahrens zum Verbandssanktionengesetz	380
a) Überblick	381
b) Verhältnis zur Geschäftsherrenhaftung und zu § 130 OWiG	382
c) Auswirkungen auf den hier vertretenen Herleitungsansatz	383
III. Dogmatische Implikationen der hier zugrunde gelegten Konstruktion	385
1. Sachliche Reichweite der Legalitätspflicht	385
2. Verhältnis zur allgemeinen Sorgfaltspflicht; Zweck der Legalitätspflicht	386
a) Ausgangspunkt	386
b) Das Nebeneinander von Legalitätspflicht und allgemeiner Sorgfaltspflicht	386

3. Verhältnis zu den Organpflichten im öffentlichen Interesse	390
4. Ausschluss des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG jedenfalls für bewusste Verstöße	392
5. Weitere Gesichtspunkte	396
IV. Das Verbot nützlichen Rechtsbruchs als Teilaspekt der Legalitätspflicht	396
1. Meinungsstand	396
2. Stellungnahme	398
a) Vorüberlegung: Stellenwert des Verbots nützlicher Verstöße	398
b) Würdigung des Verbots nützlicher Verstöße	400
C. Verhältnis zur Debatte um das Unternehmensinteresse	401
I. Meinungsstand	401
II. Stellungnahme: Irrelevanz der Diskussion zum Unternehmensinteresse	403
D. Einordnung in die Diskussion zur Funktionalisierung des Privatrechts	410
I. Rechtskulturelle Argumentationsansätze	413
II. Der Freiheitssicherungsaspekt der Funktionalisierungsdebatte	417
III. Die dogmatisch-systematische Perspektive	421
1. Das Verhältnis zum öffentlichen Recht	421
2. Verhältnis zum Strafrecht und zum Ordnungs- widrigkeitenrecht	424
IV. Kritik an der Steuerungswirkung funktionalisierten Privatrechts	428
V. Abschließende Würdigung	430
E. Verfassungsrechtliche Folgeimplikationen	432
I. Ausgangspunkt	432
II. Grundsätzliche Position: Erfordernis einer Verhältnis- mäßigkeitprüfung	434
III. Einzelfragen	439
1. Besonderheiten der Verhältnismäßigkeitprüfung bei der Legalitätspflicht	439
2. Grundsätzliche Verhältnismäßigkeit der Legalitätspflicht	441
3. Anwendungsfall: Anerkennung der <i>de minimis</i> - Ausnahme	445
a) Stand der Diskussion	445
b) Stellungnahme	448
(1) Außenrechtliche Wertungen; Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	448
(2) Unmaßgeblichkeit des Kompensationsinteresses	449

(3) Vereinbarkeit mit dem richtigen „tone at the top“	450
(4) Materiellrechtliche Wirkung der de minimis-Ausnahme	453
4. Existenzgefährdung und Wettbewerbsdruck als weitere Anwendungsfälle	454
a) Abgrenzung verschiedener Fallgestaltungen	455
(1) Sogwirkung einer rechtswidrigen Marktpraxis	455
(2) Sonderfall: Degenerierte Auslandsmärkte	456
(3) Normaufhebung durch abweichendes Gewohnheitsrecht (desuetudo)	457
b) Pflichtenlage bei völlig unzureichendem behördlichem Normvollzug	459
F. Legalitätspflicht und Gesellschafterdisposition	460
I. Gesellschafterbeschlüsse, Weisungen, Mitverschulden	460
1. Allgemeine Grundsätze	460
2. Anwendung auf den Fall der Legalitätspflichtverletzung	462
a) Nichtigkeit einer Weisung zum Legalitätspflichtverstoß	462
b) Ausschluss des Arglisteinwands im Fall der Legalitätspflichtverletzung	465
(1) Befürworter einer Zulassung des Arglisteinwands	465
(2) Ausschluss des Arglisteinwands bei Legalitätspflichtverstößen	467
(3) Abschließende Überlegungen	469
c) Keine Anspruchskürzung bei Mitverschulden der Gesellschafter	470
II. Die Legalitätspflicht als indisponible Organpflicht	471
1. Vorüberlegung: Auszuklammernde Fragestellungen	471
2. Dispositionsfestigkeit des Pflichten- und des Verschuldensmaßstabs	472
a) Meinungsstand	472
b) Stellungnahme	473
G. Die Anspruchsverfolgung bei Verletzung der Legalitätspflicht	476
I. Problemstellung und Meinungsstand	476
II. Anspruchsverfolgung als interne Ahndung	479
1. Grundsätzliches	479
2. Reichweite der Anspruchsverfolgungspflicht	481
H. Zusammenfassung	487

§ 11 Sachliche Reichweite der Legalitätspflicht	488
A. Ausgangspunkt	488
B. Meinungsstand zu den verschiedenen Bereichen des deutschen Rechts	489
I. Vertragliche Leistungsansprüche Dritter gegenüber der Gesellschaft	489
1. Rechtsprechung	490
2. Das Meinungsspektrum in der Literatur	492
II. Sonstige privatrechtliche Pflichten, insb. aus dem Deliktsrecht	496
III. Öffentlich-rechtliche Bindungen der Gesellschaft	498
IV. Strafrecht, Ordnungswidrigkeitentatbestände	501
C. Rechtsökonomische Vorüberlegungen	504
I. Der Ansatz von Gelter/Grechenig	504
II. Das Gegenmodell von <i>Habetha</i>	507
III. Stellungnahme	507
1. Auseinandersetzung mit <i>Habetha</i>	507
2. Auseinandersetzung mit Gelter/Grechenig	509
3. Zwischenergebnis	510
IV. Folgerungen aus der Interdependenz von Tatbestand und Rechtsfolge	511
1. Ausgangspunkt	511
2. Regeln und Standards als unterschiedliche Normierungsansätze	512
a) Überblick	512
b) Relevante Gesichtspunkte	513
c) Folgerung: Ausklammerung der deliktischen Verschuldenshaftung	518
(1) Grundsätzliche Überlegung	518
(2) Überdehnte Pflichten mit schwer vorhersehbarem Gehalt	519
(3) Funktionsfähigkeit der Verhaltenssteuerung durch das Deliktsrecht	522
(4) Kongruenz sozialer und privater Schäden bei § 823 Abs. 1 BGB	523
(5) Nicht überspannte Verkehrspflichten; unmittelbare Verletzungen	524
V. Abschließende Würdigung	528

D. Stellungnahme zur Anwendung auf einzelne Rechtsmaterien . . .	531
I. Ausklammerung des Deliktsrechts	531
1. Präzisierung der Fragestellung	531
2. Bedenken gegen die Einbeziehung deliktsrechtlicher Verkehrspflichten	534
a) Folgerungen aus der Diskussion zur Organaußenhaftung	534
(1) Zugrunde gelegtes Verständnis der Deliktshaftung im Unternehmenskontext	534
(2) Relative Bedeutung der Innen- und Außenhaftung	537
(3) Für die Untersuchung relevante Argumente zur Außenhaftung	540
b) Bedenken gegen einen Transfer der Verkehrspflichten in das Strafrecht	542
c) Kein Erfüllungsanspruch im Hinblick auf Verkehrspflichten	543
d) Konsequenzen für die Binnenhaftung wegen Verkehrspflichtverletzungen	544
(1) Zusammenfassende Würdigung der beschriebenen Fallgestaltungen	544
(2) In Betracht kommende Lösungsansätze	545
3. Dogmatische Detailbegründung nach dem hier verfolgten Ansatz	548
a) Ausgangspunkt	548
b) Rezeption eines ähnlich liegenden Meinungsstands	549
c) Umqualifikation der Pflichten aus gesellschafts- rechtlicher Sicht	551
(1) Grundsätzliche Konstruktion	551
(2) Abgrenzung zur Situation bei § 130 OWiG	554
4. Weitere Gesichtspunkte	557
5. Sonderkonstellationen	558
a) Verletzung von Immaterialgüterrechten	558
(1) Bedeutung der Legalitätspflicht in diesem Bereich	558
(2) Das Bedürfnis nach einer sachgerechten Eingrenzung	559
b) Persönlichkeitsrechtsverletzungen als weiterer Sonderfall	560
c) Der lauterkeitsrechtliche Rechtsbruchtatbestand	561
6. Abschließende Würdigung	563
II. Ausklammerung vertraglicher Pflichten	565
1. Dogmatische Grundposition	565
2. Absicherung durch weitere Gesichtspunkte	567

3. Auseinandersetzung mit möglichen Gegenargumenten . . .	568
a) Bedeutung des Grundsatzes der Naturalkondemnation	568
b) Vertragspflichten und öffentliches Interesse	570
4. Rechtsökonomische Absicherung	571
III. Verwaltungsrechtliche Vorgaben	574
1. Rechtsökonomische Vorüberlegungen	574
a) Hintergrund verwaltungsrechtlicher Vorgaben	574
b) Gründe für die ergänzende Anwendung der Legalitätspflicht	575
(1) Vollzugsdefizite im Verwaltungsrecht	575
(2) Weitere Gesichtspunkte	576
c) Das Problem der Interdependenz von Tatbestand und Rechtsfolge	577
(1) Ausgangspunkt	577
(2) Relevanz bei der Durchsetzung verwaltungsrecht- licher Vorgaben	578
(3) Abstimmung von privater und behördlicher Rechtsdurchsetzung	581
2. Dogmatische Lösung mit dem hier zugrunde gelegten Kriterium	581
a) Grundsatz	581
b) Gegenbeispiele mit Legalitätsbindung im Innen- verhältnis	582
(1) Pflichten nach dem BImSchG	582
(2) Die §§ 25a ff. KWG als Anknüpfungspunkt für die Legalitätspflicht	583
c) Zusammenfassende Bewertung	585
3. Abstimmung der Legalitätspflicht mit dem behördlichen Vollzug	588
a) Fallbeispiele	588
b) Dogmatische Vorüberlegung: Die Diskussion zu § 3a UWG	590
c) Einordnung: Verhältnis zum Handeln unter Rechtsunsicherheit	594
d) Dogmatischer Ansatzpunkt für eine Abstimmung mit dem Verwaltungsrecht	595
e) Unrichtige Normanwendung durch die Verwaltung als Sonderfall	599

IV. Mit Strafe oder Bußgeld bewehrte Verbotstatbestände	603
1. Ordnungswidrigkeitenrecht	603
a) Ergänzender Hinweis zur Anwendbarkeit der Legalitätspflicht	603
b) Ausnahmen in Anlehnung an die behördliche Vollzugspraxis	604
2. Straftatbestände	607
V. Sonderkonstellationen: AGG, Hinweisgeberschutzgesetz, LKSG u. a.	609
1. Ordnungswidrigkeitentatbestand des Art. 246e § 2 EGBGB	609
2. Hinweisgeberschutzgesetz	611
a) Überblick	611
b) Pflicht zum Ergreifen von Folgemaßnahmen als Anknüpfungspunkt	611
c) Folgerungen für die Legalitätspflicht	614
3. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	616
4. Allgemeines Gleichstellungsgesetz	618
E. Ausländisches Recht	618
I. Meinungsstand	619
1. Grundsätzliche Positionen zur Einbeziehung ausländischen Rechts	619
2. Ansätze zu einer Relativierung der Legalitätsbindung an ausländisches Recht	621
II. Stellungnahme	622
1. Vorüberlegung	622
2. Dogmatische Perspektive	624
a) Kollisionsrecht und Rechtshilfeverkehr als Vorfilter	624
b) Wertungsmäßiger Anknüpfungspunkt der Legalitäts- pflicht	626
§ 12 Die Legalitätspflicht bei anderen Rechtsformen und Realtypen von Gesellschaften	628
A. Beispielhafter Überblick: Verschiedene Rechtsformen und Realtypen	628
B. Die dogmatische Perspektive	630
I. Meinungsbild	630
II. Implikationen der verschiedenen Begründungsansätze	632
C. Rechtsökonomische Sinnhaftigkeit der Anwendung der Legalitätspflicht	634
I. Vorüberlegung: Begriff der geschlossenen Kapitalgesellschaft	634
II. Normverstöße bei verschiedenen Rechtsformen und Realtypen	635
1. Versuch, den Anteilwert durch nützliche Verstöße zu steigern	635

2. Der Prinzipal-Agent-Konflikt im Verhältnis zu den Gläubigern	638
3. Die Prinzipal-Agent-Beziehung zwischen verschiedenen Gesellschaftergruppen	641
4. Kriminologische Erklärungsansätze	644
5. Zwischenergebnis	645
III. Folgerungen für die Legalitätspflicht	645
1. Der Präventionseffekt der Legalitätspflicht	645
2. Das Kompensationsinteresse der Gesellschafter	647
3. Relevanz der Nachteile der Legalitätspflicht	648
D. Zusammenfassung	649
§ 13 Legalitätspflicht, Rechtsirrtum und „Legal Judgment Rule“	650
A. Hintergrund: Rechtsirrtümer im Außenverhältnis, insb. im allgemeinen Zivilrecht	651
B. Das Petitum der Literatur: Großzügigere Handhabung bei der Organhaftung	654
I. Die Grundlinie im Schrifttum	654
II. Die noch nicht eindeutige Tendenz der Gerichte	656
C. Einzelfragen der Enthftung bei Rechtsirrtum und unklarer Rechtslage	659
I. Die Enthftungsvoraussetzungen im Detail	659
1. Allgemeine Grundsätze	659
2. Ermessens- und Beurteilungsspielräume bei der Prüfung der Rechtslage?	662
a) Beurteilungsspielräume – Anlehnung an die verwaltungsrechtliche Diskussion?	662
b) Direkte oder analoge Anwendung der Business Judgment Rule	665
c) Kontrollfreier Entscheidungsspielraum außerhalb des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	668
d) Zwischenergebnis	669
3. Herbeiführen einer (erneuten) höchstrichterlichen Entscheidung	669
II. Die Rechtsfolgeenseite: Pflichtgemäßes oder nur schuldloses Handeln?	670
III. Rechtsirrtum und Rechtsrat als Sonderproblem	673
IV. Sachverhaltsunklarheit und Tatsachenirrtum	676

D. Stellungnahme	678
I. Rechtsökonomische Vorüberlegungen	678
1. Allgemeine Auswirkungen der Rechtsunsicherheit	678
a) Das Überabschreckungsszenario nach Calfee/Craswell	678
b) Das Verwässerungsszenario nach Kahan	680
c) Vorläufige Bewertung	681
2. Besondere Bedeutung im Bereich der Legalitätspflicht	685
a) Interdependenz von Tatbestand und Rechtsfolge	685
b) Weitere Gesichtspunkte	687
c) Relativierung durch den Prinzipal-Agent-Konflikt u. a.	688
II. Dogmatische Würdigung	689
1. Grundsätzliche Konstruktion; Pflicht- und Verschuldensebene	689
a) Allgemeine Gesichtspunkte	689
b) Konstruktive Besonderheiten der (externen) Legalitätspflicht	691
c) Die Rechtsvergewisserungspflicht des Vorstands und ihre Bedeutung	697
d) Zusammenfassung	702
2. Konkretisierung der Verhaltensanforderungen	703
a) Unanwendbarkeit der Business Judgment Rule	703
(1) Zugrunde gelegtes Verständnis der Business Judgment Rule	703
(2) Unanwendbarkeit auf Entscheidungen unter Rechtsunsicherheit	704
b) Prozeduraler Maßstab außerhalb der Business Judgment Rule	706
(1) Dogmatische Grundlage	706
(2) Allgemeiner Maßstab	707
(3) Irrtum und Unsicherheit im tatsächlichen Bereich	710
(4) Rückfragen bei Behörden; gerichtliche Klärung der Rechtslage	712
(5) System der Legalausnahme; prinzipienbasierte Regulierung	718

Teil 2: Die Legalitätsthroughsetzungspflicht im Innenverhältnis . . .	723
1. Kapitel: Grundlagen	725
§ 14 US-amerikanisches Recht, insb. Caremark und Stone v. Ritter	725
A. Pflichtenlage beim Vorliegen sog. red flags	725
B. Pflichten in Abwesenheit konkreter Hinweise auf Fehlverhalten . .	727
I. Caremark und Stone v. Ritter	727
II. Neuere haftungsfreundlichere Tendenz, insb. Marchand v. Barnhill	732
III. Rechtslage bzgl. der <i>officers</i>	734
C. Darlegungsanforderungen bei der Rechtsdurchsetzung	735
D. Bewertung	740
I. Zielrichtung der Caremark-Entscheidung	740
II. Bewertung der Caremark-Grundsätze im Schrifttum	743
III. Zusammenfassende Würdigung	744
E. Außenrechtliche Anreize zur Einrichtung eines Compliance- Systems	747
I. Die Accounting Provisions des Foreign Corrupt Practices Act	747
II. Sarbanes-Oxley Act	748
III. NYSE Listed Company Manual	751
IV. Die Whistleblower-Bestimmungen des Dodd-Frank Act . . .	752
V. U.S. Sentencing Guidelines Manual und Strafverfolgungs- praxis	752
1. Die Organizational Sentencing Guidelines	752
2. Die Praxis der US-amerikanischen Strafverfolgungs- behörden	754
a) Bedeutung des Compliance-Programms für die Verfolgungsentscheidung	754
b) Verfolgung verantwortlicher natürlicher Personen . .	756
c) Vergleichsweise Beilegung des Verfahrens durch DPA oder NPA	756
3. Schlussfolgerungen	757
VI. Kapitalmarktinformationshaftung für Compliance- Defizite	758
VII. Rückbezug zur gesellschaftsrechtlichen Ebene	759
F. Zusammenfassung	760
§ 15 Unionsrechtliche Vorgaben zur Compliance-Organisation	761
A. Ausdrückliche Vorgaben in aktuellen Rechtsakten	761
I. Das Unternehmen von öffentlichem Interesse als Anknüpfungspunkt	762

II. Vorgaben bzgl. des internen Kontrollsystems derartiger Unternehmen	762
III. Vorläufige Bewertung: Zwei Fragestellungen	764
B. Compliance als Teil des internen Kontrollsystems i. S. d. Unionsrechtsakte?	764
I. Meinungsstand	764
II. Stellungnahme	766
C. Pflicht zur Einrichtung eines IKS?	768
§ 16 Die Legalitätsdurchsetzungspflicht aus funktionaler Perspektive	770
A. Überblick: Aufbau und Inhalt von Compliance-Systemen	770
B. Notwendigkeit der Überwachung nachgeordneter Mitarbeiter	775
I. Die rechtsökonomische Perspektive	776
1. Überflüssigkeit jeder Überwachung nach der Theorie optimaler Sanktionen	776
2. Die Vermögensrestriktion des Mitarbeiters als Grund für Aufsichtsmaßnahmen	776
II. Die Perspektive der Kriminologie, Soziologie und Psychologie	778
III. Der empirische Befund	786
IV. Zusammenfassende Würdigung	792
1. Ausgangspunkt	792
2. Insbesondere: Die Rolle des Vorstands	793
a) Ausgangspunkt	793
b) Indirekte Veranlassung von Mitarbeiterverstößen durch Organwalter	794
C. Veranlassung von Compliance-Maßnahmen: Die Rolle des Gesellschaftsrechts	798
I. Unternehmenssanktionen	799
1. Haftungsmodelle	799
a) Strikte Einstandspflicht	799
b) Verschuldensabhängige Einstandspflicht	799
c) Kombinations- und Mischsysteme	800
2. Unternehmenssanktionen als Mittel der Compliance-Regulierung	801
a) Vorteile von Unternehmenssanktionen	801
b) Sog. <i>perverse incentives</i> als Nachteil von Unternehmenssanktionen	804
(1) Diskussion im US-amerikanischen Schrifttum	804
(2) Übertragbarkeit auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik	805
(3) Folgerungen	808

c) Sonderprobleme der verhaltensbasierten	
Einstandspflicht	809
(1) Window Dressing	809
(2) Die Learned Hand-Regel als grundsätzlicher	
Verhaltensmaßstab	810
(3) Umsetzungsschwierigkeiten im Hinblick auf	
Compliance-Vorkehrungen	811
(4) Handreichungen und Standards in der Praxis	816
d) Weitere Nachteile der Compliance-Regulierung durch	
Unternehmenssanktionen	818
II. Individualsanktionen gegen aufsichtspflichtige Personen . . .	818
III. Verwaltungsrechtliche Compliance-Vorgaben	820
IV. Gesellschaftsrechtliche Organpflichten	823
1. Vorteile der Compliance-Anreizsetzung über die	
Organpflichten	823
a) Allgemeine Gesichtspunkte	823
b) Beeinflussung der Unternehmenskultur durch	
interne Sanktionen	824
c) Nutzbarmachung von Informationen	824
d) Klarstellungseffekt der Legalitätsthroughsetzungspflicht	825
e) Verhinderung der Umgehung der Legalitätspflicht . . .	826
f) Sachnähe des Gesellschaftsrechts zum Abbau von	
Governance-Defiziten	826
2. Organpflichten und „perverse incentives“ nach Arlen . . .	827
a) Interne Aufarbeitung und Sanktionierung	827
b) Kooperation mit den staatlichen Verfolgungsorganen . .	828
3. Nachteile der Organpflichten als Ansatzpunkt	830
a) Allgemeine Gesichtspunkte	830
b) Allgemeine Nachteile inhaltlicher Compliance-	
Vorgaben	831
c) Fehlende Genauigkeit der Verhaltenssteuerung;	
insbesondere: Überabschreckung	831
V. Gesamtwürdigung: Compliance-Anreizsetzung über die	
Organpflichten?	833
1. Der Zielkonflikt bei der Compliance-Anreizsetzung	833
a) Ausgangspunkt	833
b) Regulierungstheoretische Diskussion um Regeln und	
Standards	834
2. Abschließende Bemerkung	842

2. Kapitel: Die Dogmatik der Legalitätsdurchsetzungspflicht	845
§ 17 Die Diskussion zur Rechtsgrundlage der Legalitätsdurchsetzungspflicht	845
A. Überblick	845
B. Im Telegrammstil: Die sog. These von der Gesamtanalogie	847
C. Herleitung der Legalitätsdurchsetzungspflicht aus § 91 Abs. 2 oder 3 AktG?	848
I. Bedeutung des § 91 Abs. 2 AktG	848
II. § 91 Abs. 3 AktG als Rechtsgrundlage der Legalitäts- durchsetzungspflicht?	852
D. Die allgemeine Sorgfaltspflicht nach § 93 Abs. 1 S. 1 AktG als Anknüpfungspunkt	856
I. Das Delegationsmodell	857
II. Das Transpositionsmodell	859
III. Anknüpfung an die allgemeine Pflichtenstellung des Organwalters	862
E. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht als Anknüpfungspunkte	863
I. Untreue durch mangelhafte Compliance als Ausgangspunkt?	864
II. Grundsätzlicher Argumentationsansatz	864
1. Folgerungen aus der Geschäftsherrenhaftung	864
2. Folgerungen aus § 130 OWiG	866
3. Folgerungen aus weiteren außenrechtlichen Wertungen . .	867
III. Einwände gegen eine Herleitung aus der Geschäftsherren- haftung	867
1. Eingriffsschwelle des Strafrechts; Zurechnungsfragen . . .	868
2. Folgerungen aus dem Vorsatzerfordernis bei wichtigen Delikten	869
IV. Einwände gegen die Anknüpfung an § 130 OWiG	871
1. Privatnützige Funktion der Gesellschaft und ihrer Organwalter	871
2. Gefahr überzogener Anforderungen im Rahmen des § 130 OWiG	872
a) Rechtsunsicherheit, Schwierigkeit der Steuerung des Mitarbeiterverhaltens	872
b) Gefahrenpotenzial einer Orientierung an den Wertungen des § 130 OWiG	874
c) Weiteres	879
F. Zusammenfassende Bewertung; Folgerungen	880
I. Allgemeines	880
II. Implikationen für die sachliche Reichweite der Legalitäts- durchsetzungspflicht	881

§ 18 Der Prüfungsmaßstab im Rahmen der Legalitätsthroughsetzungspflicht	882
A. Vorüberlegung: Situation im Rahmen des § 130 Abs. 1 OWiG . . .	882
I. Konkrete Aufsichtsorderungen in Rechtsprechung und Literatur	882
II. Ermessensspielräume im Rahmen des § 130 OWiG?	885
1. Ansätze in Rechtsprechung und Literatur	885
2. Exkurs: Zielorientierte Vorgaben im Rahmen des § 1004 BGB	886
3. Ziel und Umsetzungsspielraum bei § 130 OWiG	888
a) Zu erreichendes Sicherheitsniveau	888
(1) Abstrakte Formeln in Rechtsprechung und Literatur	888
(2) Das Zumutbarkeitserfordernis als wichtiges Korrektiv	889
b) Resultierende Umsetzungsspielräume des Aufsichtspflichtigen	891
(1) Grundsatz: in bestimmten Konstellationen Umsetzungsspielräume	891
(2) Ausnahme: unverzichtbare Mindestanforderungen	892
4. Gerichtliche Kontrolldichte	894
a) Keine Vorgaben im Hinblick auf das Ausfüllen der Handlungsspielräume	894
b) Volle gerichtliche Nachprüfung bzgl. des Sicherheitsniveaus	895
(1) Ausgangspunkt	895
(2) Mögliche Gegenargumente: Komplexität, begrenzte Antizipierbarkeit	896
(3) Gefahr von Rückschaufehlern als weiteres Gegenargument	898
III. Implikationen für die Einführung von Compliance-Systemen	899
1. Meinungsstand	899
2. Stellungnahme im Licht der herausgearbeiteten Grundsätze	900
a) Allgemeines	900
b) Organisatorische Verselbständigung der Compliance . .	902
c) Aufklären von Verdachtsmomenten; Ahndung von Verstößen	904
IV. Zusammenfassung	908
1. Entscheidungsspielräume im Rahmen des § 130 OWiG . .	908
2. Prüfungsmaßstab des Gerichts	909
3. Erforderlichkeit eines förmlichen Compliance-Systems . .	909
4. Abschließende Bemerkung	911

B. Prüfungsmaßstab im Innenverhältnis	911
I. Unanwendbarkeit der Business Judgment Rule	912
1. Folgen einer Anwendung des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	912
2. Die ob/wie-Formel	913
3. Weitere Ansicht: Anwendung im Bereich verbleibender Spielräume	914
4. Gegenposition: Entscheidungsspielraum außerhalb des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	917
5. Anwendung der Grundsätze zum Handeln bei unklarer Rechtslage	919
6. Stellungnahme	920
a) Ausgangspunkt	920
b) Auseinandersetzung mit Gegenargumenten	921
c) Begrenzung der Innenpflicht durch das Zumutbarkeitskriterium	923
(1) Allgemeines	923
(2) Die Interdependenz von Tatbestand und Rechtsfolge als Sonderaspekt	924
d) Verbleibender Raum für die Anwendung der Business Judgment Rule	926
II. Ansätze zur Konkretisierung des Maßstabs	928
1. Pflicht zur Risikoanalyse und zur Überprüfung auf Änderungsbedarf	928
2. Zurückhaltung bei der Ausformung der Pflichtenstellung im Innenverhältnis	930
a) Ausgangspunkt	930
b) Grundsätzliche Weichenstellung	930
c) Ergänzende Absicherung	933
III. Zusammenfassende Würdigung	933
1. Allgemeines	933
a) Umsetzung der Anforderungen des § 130 OWiG	933
b) Risikozonen im Rahmen der Vorstandshaftung	935
2. Folgerungen für die Einrichtung von Compliance- Systemen	935
3. Bedeutung der Unterscheidung zwischen Legalitäts- durchsetzungspflicht und allgemeiner Sorgfaltspflicht	943
IV. Sonderrecht der börsennotierten AG aufgrund von § 91 Abs. 3 AktG?	944

Teil 3: Anspruchsinhalt im Fall der Pflichtverletzung	951
§ 19 Haftung und Erstattung im Zusammenhang mit staatlichen Bußgeldern	951
A. Die Verbandsgeldbuße als ersatzfähiger Schaden	951
I. Meinungsstand	951
1. Gegen die Ersatzfähigkeit vorgebrachte Bedenken	951
2. Argumente für den Binnenregress	956
3. Vermittelnde Lösung: Betragsmäßige Beschränkung der Binnenhaftung	961
II. Stellungnahme	964
1. Rechtsvergleichende Argumente gegen die Ersatzfähigkeit	964
2. Präventionswirkungen der Zulassung des Bußgeldregresses	968
a) Rechtsökonomischer Ausgangsbefund	968
(1) Ausgangspunkt	968
(2) Fehlanreize aufseiten der Gesellschafter ohne Regressausschluss?	969
(3) Wirksamkeitsdefizite nicht abwälzbarer Verbandssanktionen	976
(4) Wirksamkeitsdefizite staatlicher Individual- sanktionen	977
b) Kriminologische Gesichtspunkte	980
c) Kooperation mit staatlichen Verfolgungsorganen	982
d) Weitere Gesichtspunkte: Nachtatverhalten, Differentialabschreckung	988
e) Zwischenergebnis	988
3. Dogmatische Rechtfertigung des Binnenregresses für Bußgelder	989
4. Notwendigkeit einer höhenmäßigen Begrenzung des Bußgeldregresses	993
a) Position zur allgemeinen Diskussion um die Begrenzung der Organhaftung	993
b) Begrenzung des Bußgeldregresses wegen eines Legalitätspflichtverstoßes	995
(1) Grundansatz	995
(2) Keine Begrenzung auf die hypothetische Individualgeldbuße	1000
(3) Anrechnung einer etwaigen Individualgeldbuße	1002
c) Zusammenfassende Bewertung	1003

B. Erstattung gegen den Vorstand persönlich verhängter	
Geldsanktionen	1006
I. Dogmatische Grundstrukturen	1006
II. Grenzen aufgrund des öffentlichen Interesses	1007
1. Verbot präventionsschädlicher Sanktionsverlagerungen . . .	1007
2. Legalitätspflicht und Legalitätsdurchsetzungspflicht	1008
a) Grundsätzliche Pflichtwidrigkeit der Sanktions- erstattung	1008
b) Auswirkung auf den Anspruch analog § 670 BGB	1009
3. Einzelne Fallgestaltungen	1011
a) Schnelle und konsensuale Verfahrensbeilegung	1011
b) Abreden mit „Schweigegeldcharakter“	1013
c) Erstattungsabreden zur Förderung der Kooperations- bereitschaft	1014
d) Abreden zur Abfederung von Härtefällen	1015
e) Erstattungsabreden bei Rechtsunsicherheit	1016
f) Keine Ausnahme für fahrlässige Rechtsverstöße	1017
III. Weitergehende aktienrechtliche Grenzen	1019
1. Allgemeines	1019
2. Berücksichtigungsfähigkeit etwaiger (Reputations-) Vorteile der Gesellschaft	1023
a) Vorüberlegung: Irrelevanz für die Schadenszurechnung	1023
b) Existenz des Reputationsinteresses der Gesellschaft . . .	1024
c) Teleologische Reduktion des § 93 Abs. 4 S. 3 AktG? . . .	1025
d) Zwischenergebnis	1027
3. Rückbezug zum Verbot präventionsschädlicher Sanktionsverlagerungen u. a.	1028
IV. Weitere Gesichtspunkte	1029
1. Irrelevanz des § 266 StGB für den Untersuchungs- gegenstand	1029
2. Die Sanktionserstattung durch Dritte als Sonderfall	1030
§ 20 Vorteilsausgleich und Zurechnungsfragen	1031
A. Vorteilsausgleich beim Schadensersatz wegen Verletzung der Legalitätspflicht	1031
I. Problemaufriss und grundsätzlicher Meinungsstand	1031
II. Sonderproblem: Abschöpfungsteil der Verbandsgeldbuße . .	1032
III. Folgerungen aus der Diskussion zum allgemeinen Zivilrecht	1034
IV. Die Zulassung des Vorteilsausgleichs als gedanklicher Ausgangspunkt	1035
V. Versagung des Vorteilsausgleichs als Strafschadensersatz?	1036
VI. Wirkungsrichtung des öffentlichen Normvollzugsinteresses	1038

VII. Die Rechtsdurchsetzung als maßgeblicher Wertungsgesichtspunkt	1043
1. Grundansatz	1043
2. Folgerungen aus dem hier eingenommenen Generalstandpunkt	1045
3. Auseinandersetzung mit weiteren Bedenken und Gegenargumenten	1047
VIII. Zusammenfassung	1049
B. Anforderungen an die Schadenszurechnung	1050
I. Das Siemens/Neubürger-Urteil und die Diskussion im Schrifttum	1050
II. Vorüberlegung: nicht rechtmäßiges Alternativverhalten, sondern Kausalität	1054
III. Implikationen des zugrunde gelegten Ansatzes für die Schadenszurechnung	1056
1. Folgewirkungen des § 130 Abs. 1 OWiG beim Bußgeldregress	1057
a) Situation bei ex ante klar erkennbaren Vorgaben	1057
b) Ex ante nicht klar absehbare Anforderungen	1060
(1) Grundfall	1060
(2) Abwandlung	1061
c) Zusammenfassende Würdigung	1063
2. Andere Schadensposten	1064
Abschließende Würdigung	1067
A. Grundsätzliche Anerkennung der legalitätsbezogenen Organpflichten	1067
I. Einbindung des Unternehmensträgers in die Durchsetzung der Rechtsordnung	1067
II. Einbindung der Mitglieder des Leitungsorgans in die Rechtsdurchsetzung	1070
III. Einbindung der Organwalter auch durch Pflichten im Innenverhältnis	1072
B. Notwendige Restriktionen	1075
I. Die Interdependenz von Tatbestand und Rechtsfolge als ein Grundproblem	1075
II. Restriktionen beim sachlichen Anwendungsbereich	1076
III. Restriktionen beim Handeln unter Rechtsunsicherheit	1078

IV. Restriktionen bzgl. der Reichweite der Legalitäts-	
durchsetzungspflicht	1079
1. Pflichtenlage im Außenverhältnis	1079
2. Anforderungen im Rahmen der Legalitäts-	
durchsetzungspflicht	1081
3. Anforderungen aufgrund der allgemeinen Sorgfaltspflicht	1082
C. Rechtsfolgen von Verstößen gegen legalitätsbezogene	
Organpflichten	1083
I. Binnenhaftung für Verbandssanktionen	1083
1. Kein Regressausschluss für Verbandssanktionen	1083
2. Betragsmäßige Begrenzung des Ersatzanspruchs	1084
II. Keine Erstattung von Individualsanktionen im Innenverhältnis	1084
III. Ausschluss der Vorteilsausgleichung	1085
IV. Schadenszurechnung	1085
Literaturverzeichnis	1087
Sachwortverzeichnis	1143